

Stellungnahme des Landtags

**durch den Ausschuss für Wissenschaft,
Forschung und Kunst**

**zu der Mitteilung des Ministeriums für Wissenschaft,
Forschung und Kunst vom 12. Oktober 2023
– Drucksache 17/5564**

**Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten;
hier: Gewinnung und Bindung von Talenten in den Bereichen
Forschung, Innovation und Unternehmertum in Europa
COM(2023) 436 final (BR 351/23)**

Stellungnahme

Der Landtag nimmt von der Mitteilung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst vom 12. Oktober 2023 – Drucksache 17/5564 – Kenntnis.

18.10.2023

Der Berichterstatter:

Die Vorsitzende:

Dr. Michael Preusch

Nese Erikli

Bericht

Der Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst beriet die Mitteilung Drucksache 17/5564 in seiner 23. Sitzung, die in gemischter Form mit Videokonferenz stattfand, am 18. Oktober 2023.

Die Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst trug vor, es liege im Interesse Baden-Württembergs, dass Europa ein attraktiver Ort für Karrieren in Wissenschaft und Forschung sei. Aus der Sicht des Ministeriums verdienten die Empfehlungen des Europäischen Rates in weiten Teilen Unterstützung. Das Thema „Mobilität von Forschenden“ und das Ziel, insoweit die länder- und sektorenübergreifenden Probleme abzubauen, sei für das Land Baden-Württemberg von großer Bedeutung.

Allerdings seien manche Empfehlungen des Europäischen Rates aus der Perspektive des Landes problematisch, weil die Situation in den Mitgliedsstaaten sehr unterschiedlich sei. Dies gelte beispielsweise für Empfehlungen zu Befristungsquoten. Die Landesregierung halte es nicht für zielführend, im Hinblick auf solche Themen einen Harmonisierungsdruck auszuüben, zumal in Deutschland ein sehr offenes Verständnis in Bezug auf Wissenschaftsfreiheit und Hochschulautonomie vorherrsche. Dies sei nicht in allen EU-Ländern gleichermaßen der Fall. Vor diesem Hintergrund wende sich die Landesregierung dagegen, dass die EU in solchen Punkten in die Autonomie der Länder eingreife.

Ausgegeben: 4.12.2023

1

Der für Wissenschaftsthemen zuständige Kulturausschuss des Bundesrates habe hierzu bereits kritisch Stellung genommen. Über die Stellungnahme und insbesondere über die kritischen Anmerkungen zu den Empfehlungen werde am 20. Oktober 2023 im Plenum des Bundesrates verhandelt werden. Die Länder verträten insoweit eine übereinstimmende Auffassung.

Bei den Empfehlungen gehe es u. a. um die Anerkennung und die Verbesserung des Berufsbildes der Forscherin oder des Forschers in Europa, um bessere Arbeitsbedingungen sowie um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Aus der Sicht Baden-Württembergs sei ein besonders wichtiges Thema die Schaffung attraktiver Rahmenbedingungen; hierzu gehöre der Abbau von Mobilitätshürden. Des Weiteren beträfen die Empfehlungen die länderübergreifende Übertragbarkeit von Finanzhilfen, die Erleichterung grenzüberschreitender Aufenthalte und vereinfachte Aufenthaltsgenehmigungen für mobil Forschende. All diese Themen seien wichtig, um Europa als Standort für Forschung und Innovation zu stärken.

Unter den Bundesländern bestehe ein Konsens im Hinblick darauf, welche Empfehlungen des Europäischen Rates positiv oder eher kritisch gesehen würden. Das Thema „Planbare, stabile und attraktive Karrierewege für Forschende“ sei ein wichtiger Gegenstand der Diskussion, die derzeit im Zusammenhang mit dem Wissenschaftszeitvertragsgesetz bundesweit geführt werde.

Die Frage, welche Rolle Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler spielen könnten, welche Wege sie gehen könnten und welche Möglichkeiten die Länder schaffen könnten, sei von wesentlicher Bedeutung. Insoweit würden aber die Mitgliedsstaaten entsprechend ihrer individuellen Verfasstheit, was den Wissenschaftsstandort angehe, ihre eigenen Wege finden müssen, um den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern angemessene Verträge und Karrierewege anzubieten.

Eine Abgeordnete der Grünen führte aus, ihre Fraktion begrüße die Empfehlungen des Europäischen Rates, weil sie im Wesentlichen die Wege unterstützten, die die Landesregierung in Baden-Württemberg einschlagen wolle, um die besten Köpfe zu gewinnen. Hierbei spielten die Flexibilität, auch nichtdeutsche Fachkräfte zu gewinnen, und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine wichtige Rolle. Die diesbezüglichen Bemühungen müssten intensiviert werden, damit Baden-Württemberg an der Spitze der Forschungslandschaft bleiben könne.

Ein Abgeordneter der FDP/DVP machte deutlich, seine Fraktion teile die von der Wissenschaftsministerin zum Ausdruck gebrachte Einschätzung in den wesentlichen Punkten. Ein gemeinsames Ziel bestehe darin, die Forschungslaufbahn attraktiver zu gestalten. Es sei zu begrüßen, dass dies im europäischen Kontext geschehen solle. Ebenso wie die Wissenschaftsministerin sehe es die Fraktion der FDP/DVP allerdings kritisch, wenn von der EU-Ebene ein Harmonisierungsdruck etwa im Hinblick auf eine Quotierung des Anteils befristeter Verträge ausgeübt werde.

Auf die Frage eines Abgeordneten der AfD hin erläuterte die Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst, viele Länder, zu denen auch die USA und Kanada gehörten, unternähmen derzeit große Anstrengungen, Studierende sowie junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Indien anzuwerben. Wenn es darum gehe, die Attraktivität Deutschlands für ausländische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu erhöhen, könne an vielen Punkten angesetzt werden. Welches die wichtigsten Faktoren seien, hänge auch davon ab, aus welcher Region eine Bewerberin oder ein Bewerber stamme und in welchem Fachbereich sie oder er tätig sei.

Die Ministerin fuhr fort, in einem Gespräch habe ihr gegenüber ein aus dem Ausland an eine der großen Universitäten des Landes Baden-Württemberg berufener Professor für die Annahme der Position in Deutschland insbesondere die folgenden Gründe genannt: ein gutes Schulsystem für die Kinder, gute Beschäftigungsmöglichkeiten für den Ehegatten, eine angemessene soziale Sicherheit, ein attraktives Leben in den Städten und eine stabile öffentliche Sicherheit.

Abgesehen davon, dass ein exzellentes wissenschaftliches Umfeld und gut ausgestattete Hochschulen geboten würden, könnten auch solche weichen Standortfaktoren für die Wahl Deutschlands als Arbeitsort ausschlaggebend sein. Für die Entscheidung, ein berufliches Angebot in einem anderen Land anzunehmen, seien sehr unterschiedliche und zum Teil individuelle Kriterien maßgeblich. Die Landesregierung arbeite daran, dass es für ausländische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler möglichst viele gute Gründe gebe, nach Baden-Württemberg zu kommen.

Ohne Widerspruch beschloss der Ausschuss, von der Mitteilung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst Kenntnis zu nehmen.

22.11.2023

Dr. Preusch